

Grußwort
des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,
Sabine Rüger
5. Lokales Fachforum zum 7. Altenbericht
Kreis Vorpommern-Greifswald
17. Januar 2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Demografischer Wandel und längeres Leben

In Deutschland leben heute rund 22 Millionen Menschen, die älter sind als 60 Jahre. Das sind ungefähr 27 Prozent der Gesamtbevölkerung. Von ihnen sind 56 Prozent Frauen und 44 Prozent Männer.

Wir wissen: Der Anteil der Älteren steigt. Für 2030 sagen die Statistiker einen Anteil von 33,8 Prozent voraus. Das heißt: Mehr als jede bzw. jeder Dritte wird älter sein als 60 Jahre.

Wenn diese Zahlen in den Medien genannt werden, klingt es oftmals wie eine Bedrohung. Das sollte nicht so sein, zumal es auch falsch ist:

Denn im Gegenteil: Für die meisten älteren Menschen bedeutet ein längeres Leben gewonnene Jahre, gesünder, vitaler und besser ausgebildet als frühere Generationen. Mit mehr Zeit für sich selbst, oft für Partner oder Partnerin und oft auch für die Enkelkinder.

Der Erfahrungsschatz der Älteren macht unsere Gesellschaft reicher. Auch weil sie immer länger aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

Schon der Sechste Altenbericht hat für ein neues Bild vom Alter und vom Älterwerden, für einen neuen Blick auf die Älteren plädiert. Das Alter heute ist in erster Linie Bereicherung und Chance und keine Last.

Doch auch wenn viele Ältere heute länger aktiv sind, gilt:

Je älter ein Mensch wird, desto kleiner wird in der Regel sein Aktionsradius.

Und desto mehr Zeit verbringt er im näheren Wohnumfeld und in der Wohnung. Die Lebensqualität gerade in dieser Lebensphase hängt deshalb in besonderem Maße von ihnen ab.

Der siebte Altenbericht trägt den Titel: „Sorge und Mitverantwortung in der Kommune - Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften“.

Warum dieses Thema der Kommune? Weil das lokale Umfeld für den Alltag der Menschen eine besondere Bedeutung hat.

Das gilt zunächst einmal für alle Generationen. Auch für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen: Was kann ich machen? Und - vor allem - wie komme ich von A nach B und wieder zurück? Nicht alle jüngeren Menschen haben einen Führerschein, nicht alle ein eigenes Auto.

Für ältere Menschen gilt das aber in besonderer Weise. Ältere verbringen im Vergleich zu Jüngeren mehr Zeit mit Fernsehen und lesen; per Smartphone können sie mit der ganzen Welt verbunden sein. Aber sie verbringen weniger Zeit in Gesellschaft mit Familie und Bekannten.

Und spätestens wenn man nicht mehr Auto fährt und wenn man im Alltag Unterstützung braucht, kann es schwierig werden und man muss sich fragen: Was ist in meinem Ort für mich möglich? Wie kann ich Menschen treffen, Unterstützung bekommen, am gesellschaftlichen Leben teilhaben? Wie kann ich so lange wie möglich im eigenen Zuhause gut leben und meinen Alltag selbstbestimmt meistern?

Wir wollen heute den Siebten Altenbericht da diskutieren, wo die Sachverständigenkommission die Rahmenbedingungen für das Älterwerden untersucht hat: in den Kommunen.

Diese Veranstaltung in Pasewalk ist die fünfte einer ganzen Reihe von lokalen Fachforen.

Wir bringen Menschen und Institutionen zusammen, die in der jeweiligen Region für ältere Menschen tätig sind:

Kommunale Politik und Verwaltung, Wohlfahrtsverbände, Pflegeeinrichtungen, Pflegedienste, Kirchengemeinden, Beratungsstellen, Seniorenbeiräte und Seniorenorganisationen, Nachbarschaftshilfen, Wohnungsgesellschaften und Einrichtungen des Gesundheitswesens.

Schön, dass Sie alle heute hier sind!

Der Bericht trifft Aussagen darüber, welche Voraussetzungen vor Ort gegeben sein müssen, damit ein gutes Leben im Alter für alle möglich ist.

In Ihrem Kreis Vorpommern-Greifswald gibt es bereits verschiedene Aktivitäten: das Modellprojekt „Stärkung der Stadt-Umland-Beziehungen“ im Amt Peenetal/Loitz, das Quartiersmanagement-Projekt „Dörpkieker“, das mobile Beratungsangebot „Geromobil“ der Volkssolidarität Uecker-Randow, die Initiative Leben und Wohnen im Alter, Greifswald (technische Hilfen zum altersgerechten Wohnen), ein Nahverkehrskonzept des Landkreises zur Mobilität Älterer im ländlichen Raum. Sie sind bereits dabei, erfolgreich zu gestalten und werden sich auf dieser Tagung vorstellen.

Die Bevölkerung wird im Landkreis Vorpommern-Greifswald bis 2030 zurückgehen. Und wie anderswo auch wird die Zahl der über 65 Jährigen bis 2030 ansteigen: Von 55.324 im Jahr 2015 auf 69.038 im Jahr 2030.

Die Anzahl der 85-Jährigen wird 2030 in etwa gleich sein wie heute und nur 2025 leicht ansteigen. D. h. mit einer stärkeren Zunahme dieser Altersgruppe ist nach 2030 zu rechnen.

Was bedeutet das für den Kreis Vorpommern-Greifswald und welche Handlungsfelder haben oberste Priorität für die Lebensqualität älterer Menschen?

Das heutige Fachforum wird in den Blick nehmen, wie Daseinsvorsorge durch gemeinsame Aktivitäten vor Ort besser gestaltet werden kann. Mobilität im Alter spielt dabei eine ganz große Rolle.

Ich möchte noch einmal auf den 7. Altenbericht zurückkommen:

2. Ungleichheit als zentraler Befund

Ein zentraler Befund des Siebten Altenberichts ist Ungleichheit.

Ungleichheit gibt es zum Beispiel zwischen Männern und Frauen. In der Altersforschung ist das lange Zeit nicht so deutlich gesehen worden, aber der Siebte Altenbericht hat die Geschlechterungleichheiten klar herausgearbeitet:

Es gibt mehr alleinlebende alte Frauen als Männer. Die Frauen, die jetzt alt sind, haben weniger Geld und weniger Rente. Aufgrund der höheren Erwerbstätigkeit in der ehemaligen DDR sind ihre Renten zwar höher als im Westen, aber dennoch haben sie niedrigere Renten als Männer. Sie haben Kinder großgezogen, den Haushalt geführt und manchmal auch die eigenen Eltern gepflegt.

Alles Tätigkeiten, die für die Altersversorgung wenig bringen. Frauen befinden sich im Alter häufiger in problematischen Lebenslagen als Männer, sind im Alter häufiger von Armut bedroht als Männer. Ganz abgesehen davon, dass viele ältere Frauen ihre pflegebedürftigen Männer pflegen und insofern das fortsetzen, was sie das ganze Leben getan haben: sich auch ohne Bezahlung um andere Menschen kümmern. Wenn Frauen dagegen pflegebedürftig werden, müssen sie schneller einen Antrag auf Pflegeleistungen stellen.

Die Sachverständigenkommission hat sich auch intensiv mit regionalen Unterschieden beschäftigt. Regionen mit hoher und mit niedriger Arbeitslosigkeit, Kommunen mit einem hohen und solche mit einem niedrigen Anteil älterer Menschen zeigen teils große Unterschiede.

Der Bericht gibt allen in Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ein Warnzeichen.

Regionale und soziale Ungleichheiten in unserem Land sind inzwischen so groß, dass manche Kommunen in der Zukunft nicht mehr in der Lage sein könnten, die Daseinsvorsorge sicherzustellen. Dazu darf es nicht kommen. Denn wenn der Staat die Daseinsvorsorge nicht mehr flächendeckend gewährleisten kann, bedeutet das faktisch, dass er den Anspruch aufgibt, überall in Deutschland gleichwertige Lebensbedingungen zu gewährleisten.

Das wiederum würde nicht zu mehr, sondern zu weniger Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft führen.

3. Gestaltungsmöglichkeiten in der Kommune

Bund, Länder und Kommunen müssen gemeinsam zu neuen Lösungen kommen. Die Sachverständigenkommission sagt: Gebt den Kommunen mehr Gestaltungsmöglichkeiten. Und sie schlägt eine sogenannte „Gemeinschaftsaufgabe Demografischer Wandel“ vor. Der Bund soll auf diese Weise die Möglichkeit erhalten, die Kommunen dauerhaft unterstützen zu können. So wie es die Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ und auch die Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ im jeweiligen Bereich bereits heute ermöglichen.

Die Sachverständigen plädieren außerdem dafür, Gesundheit, Prävention, Pflege, Wohnen und Bauen in Zukunft stärker als eine Einheit zu betrachten und aufeinander abzustimmen. Das ist ein neuer Blick auf Altenhilfestruckturen: integriert, sozialraumorientiert, generationenübergreifend. Weg von „Versäulung“ – hin zu mehr Vernetzung!

Im Bundesfamilienministerium machen wir Sozialraumorientierung in unserer Förderung stark. Bei den Lokalen Allianzen für Menschen mit Demenz, bei den Mehrgenerationenhäusern, bei

der Förderung altersgerechten und gemeinschaftlichen Wohnens und - last but not least auch bei der Demografiewerkstatt Kommunen.

Nur gemeinsam kommen wir weiter. Bund, Länder und Kommunen müssen *gemeinsam* an einem Strang ziehen.

Die Sondierungsgespräche für eine Regierungskoalition machten jedenfalls deutlich: Alle Akteure scheinen die große Bedeutung der Kommunen und deren Gestaltungsmöglichkeiten erkannt zu haben.

Heute wird in Ihrer Kreisverwaltung hier in Pasewalk die Ausstellung „Hoffnungsvolle Leichtigkeit“ eröffnet – sie „bewahre uns vor Überbewertungen und Lähmung“, betont Tino Nikolaus, der Künstler, dessen Bilder ausgestellt werden. Ich finde, das ist ein wunderbarer Titel, der sich auch gut als Motto für diese Veranstaltung eignet und besonders für die Aufgaben, die vor uns liegen!

Hoffnungsvolle Leichtigkeit und viel Erfolg – das wünsche ich Ihnen im Kreis Vorpommern-Greifswald bei der Gestaltung der Zukunftsaufgaben!

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Rüger